

Die wirtschaftlichen Sorgen der Schweiz.

Zürich, 5. Juli.

Die Verhandlungen, die schweizerische Vertreter mit Vertretern des Bierverbandes in Paris einleiteten, um von der Entente Zugeständnisse über die Fortführung des Kompensationsverkehrs nach Deutschland zu erhalten, sind am Ende der letzten Woche abgebrochen worden. Die Verhandlungen werden Ende dieser Woche weitergeführt; inzwischen werden von den Regierungen der Ententestaaten und vom schweizerischen Bundesrat neue Vorschläge erörtert, die eine Verständigung ermöglichen sollten. Die Hoffnung darauf ist nach wie vor gering; während die deutsche Regierung an ihrem Standpunkt, der wiederholt hier umschrieben worden ist, festhält, weicht andererseits Frankreich davon nicht ab, daß sich die Schweiz über die an die Mittelmächte zu liefernden Kompensationswaren mit den Verbandsstaaten von Fall zu Fall zu vereinbaren habe, und daß nun in dem besondern Falle, der zur Erörterung steht, der Verband den Kompensationen, die die Schweiz nach Deutschland liefern muß, nicht zustimmen könne.

Es ist vorläufig nicht zu ersehen, wie die Schweiz aus diesen Schwierigkeiten, die für sie die denkbar peinlichsten Folgen haben müssen, herauskommen kann. Eine Verständigung ist nicht zu erreichen, wenn von beiden Staatengruppen rücksichtslos die eigenen Interessen hervorgehoben werden; die Schweiz geriet dann zwischen Hammer und Amboss und ihre Volkswirtschaft müßte außerordentlich schwer leiden, schwerer als die eines andern neutralen Staates. Man hofft deshalb in der Schweiz auch in jenen Kreisen, wo man dem deutschen Standpunkt durchaus gerechte Beurteilung widerfahren läßt, daß Deutschland seine Interessen nicht rücksichtslos der Schweiz gegenüber vertrete. Man betont hier, daß die Frage, um die es sich hier handelt, weder für Deutschland noch für die Entente eine Lebensfrage sei; das ist aber ohne Zweifel für die schweizerische Volkswirtschaft. Da man sich weiter bewußt ist, von der Schweiz aus in ungenügender Weise viel beigetragen zu haben, was die Wunden dieses Krieges lindern konnte, so kann man nur schwer verstehen, daß alles das nicht in die Waagschale gelegt werden dürfe, wenn es sich um die Abwägung dieser Interessen handelt. Gewiß ist, daß auch in deutschfreundlichen Kreisen die Meinung nicht vereinzelt ist, daß eine rücksichtslose Anwendung des deutschen Standpunktes den Sympathien zu Deutschland in der deutschen Schweiz erheblich schaden würde. Es läßt sich wohl die Frage aufwerfen, ob die vorliegenden deutschen Interessen in dieser Angelegenheit stark genug sind, um diese Schädigung zu rechtfertigen. Eines ist immerhin festzuhalten: die deutsche Regierung ist der Schweiz bereits insofern entgegengekommen, daß sie auf die Festsetzung einer Frist für die Beantwortung der Note verzichtet hat und es ist nicht zu verkennen, daß dadurch die Möglichkeiten für eine erträgliche Lösung sich verstärkt haben.

Daß von der Presse des Bierverbandes alles versucht wird, um den wahren Tatbestand dieser Angelegenheit zu verwischen und in den Schweiz Mißtrauen gegen die deutschen Absichten zu säen, ist verständlich; wie plump indes bei diesen Bemühungen gelegentlich vorgegangen wird, zeigt ein Brief, den der Pariser Temps veröffentlicht und dessen Verfasser ein gewisser Lazare Weiller ist. Dieser Herr behauptet, die amtlich geltend gemachten Gründe für die deutschen Forderungen an die Schweiz seien nur ein Vorwand. Der wahre Grund sei, einen Bruch zwischen Frankreich und der Schweiz oder einen solchen zwischen Deutschland und der Schweiz herauszufordern, das heiße, für Deutschland die Möglichkeit zu schaffen, sich aus der Umschnürung, die ihm auf den verschiedenen Fronten täglich mehr den Atem benehme, einen Ausweg zu erzwingen, der in einem Stoß durch die Schweiz, sei sie nun Bundesgenosse oder Gegner, gegen den Hauptfeind bestünde. Doch habe Deutschland nicht mit dem klaren Blick, der Loyalität und dem Mut der helvetischen Regierung und ihrer Bürger Soldaten gerechnet. Diese Faktoren würden den Verblindeten und der Schweiz helfen, die Pläne der schwerfälligen deutschen Diplomatie scheitern zu lassen. Es ist nicht notwendig, im einzelnen diesem plumpen Fälschungsversuch entgegenzutreten. So weit er darauf ausgeht, die Stimmung in der Schweiz zu beeinflussen und hier Verwirrung anzurichten, verfehlt er seinen Zweck völlig. Die Schweiz hat ja auch seit dem Beginn dieses Krieges in wirtschaftlicher Hinsicht genügend Bitteres und Demütigendes von der Entente erfahren.

Der Standpunkt, den die schweizerische Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit einnimmt, ist im wesentlichen der: In der westlichen Schweiz ist man geneigt, von einem unzulässigen Druck zu reden, den Deutschland durch seine Forderungen auf die Schweiz ausübe; der Lage, die Deutschland zu seinen Forderungen veranlaßt hat, bringt man hier sehr wenig Verständnis entgegen. In der deutschen Schweiz verschließt man sich der Erkenntnis nicht, daß die Ursache all dieser Schwierigkeiten im wesentlichen in der Tatsache liegt, daß die Verbandsstaaten es der Schweiz unmöglich machen, ihren Verpflichtungen gegenüber Deutschland (Kompensationsverkehr) nachzukommen. Die schweizerischen Bemühungen sind ja auch zur Hauptsache darauf gerichtet, von der Entente die Möglichkeit zu erhalten, daß die Schweiz den Kompensationsverkehr nach Deutschland aufrechterhalten könne. Darüber hinaus ist aber auch in der deutschen Schweiz die Auffassung ziemlich allgemein, daß die Schweiz eine wohlwollende Berücksichtigung der ungemein schwierigen Lage, in der sie sich in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht befindet, erwarten darf. Ihre Volkswirtschaft müßte in die schwerste Bedrängnis kommen, wenn der Wirtschaftskrieg, der zwischen den Mittelmächten und dem Bierverband herrscht, in vollem Umfange auf schweizerisches Gebiet übergreifen würde. Sie muß das ihren Lebensinteressen gemäß zu verhindern suchen, indem sie Entgegenkommen von beiden kämpfenden Staatengruppen fordert. Ihre bisherige Haltung in diesem Kriege, ihre Fürsorgertätigkeit für die Opfer dieses Krieges, geben ihr, so findet man hier, die Berechtigung, auf solches Wohlwollen in der Beurteilung in ihrer eigenen schwierigen Lage zu rechnen. Häufig wird bei der Kennzeichnung dieses schweizerischen Standpunktes auch darauf verwiesen, daß in der Schweiz eine sehr große Zahl von Ausländern lebt und daß, wenn die Schwierigkeiten der Schweiz ein unerträgliches Maß erreichen würden, die Frage entstehen müßte, ob die Schweiz die Möglichkeit besitzt, diese Ausländer in ihrem Lande zu behalten. Wir halten solche Überlegungen für töricht und sehen darin lediglich den Ausfluß einer Nervosität, die die Dinge schwärzer sieht als sie tatsächlich sind. Eine nüchterne Beurteilung der Lage wird solche Gedankengänge ebenso bestimmt ablehnen, wie jenen andern Gedanken, der damit spielt, daß der Verband der Schweiz den Preisunterschied zwischen englischer und deutscher Rohle bezahlen werde. (Es handelt sich dabei um beiläufig etwa 60 Millionen im Monat.) Auch wer nur einigermaßen politisch denken kann, weiß, daß eine solche Subventionierung das Ende der politischen Selbständigkeit der Schweiz bedeuten würde. Es ist festzuhalten, daß kein Blatt der Schweiz von einiger Bedeutung diesen Vorschlag, der zuerst in der Pariser „Information“ befürwortet wurde, ernst nimmt.